

Haut ab, wir zahlen euch die Fahrkarte

Sprachbedroht: Die ungarische Minderheit in Rumänien

BUDAPEST, Ende Juli Die Richtlinie 2000/43/EG des Europäischen Rates vom 29. Juni 2000 zur „Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ scheint das Papier nicht wert, auf der sie gedruckt ist. Zumindest ist sie nach Auskunft Leonard Orbáns, des Mehrsprachigkeits-Kommissars der Europäischen Union, nicht auf Fälle sprachlicher Diskriminierung anzuwenden, wie sie sich immer wieder in Transsilvanien zutragen. Darüber mokierten sich hundertachtzig Delegierte von Verbänden autochthoner nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten Europas, die in Pécs (Fünfkirchen) in Südungarn zur Jahreshauptversammlung ihrer Dachorganisation zusammengekommen waren.

So kamen etliche Fälle offenkundiger Diskriminierung von Minderheiten-Angehörigen zur Sprache. Etwa in Großwardein (Nagyvárad/Oradea): Dort hängten Mitglieder der „Ungarischen Jugend in Siebenbürgen“ zweisprachige Straßenschilder an Privathäusern auf, deren Besitzer dies erlaubten. Sie protestierten damit gegen die Säumigkeit des Bürgermeisters, einem Beschluss des Stadtparlaments nachzukommen, wonach die Örtlichkeitsbezeichnungen auch auf Ungarisch auszuweisen seien. Stattdessen erschienen Magistratsbeamte und entfernten die Schilder. Es kam es zu Tätlichkeiten. Der Vorfall wurde der Polizei gemeldet. Die blieb untätig.

Der Hort des Chauvinismus

Ähnliches trug sich an der Universität in Klausenburg (Cluj/Kolozsvár) zu. Diese gibt sich multikulturell und propagiert die angeblich institutionalisierte Mehrsprachigkeit, macht aber immer wieder als Hort rumänischen Chauvinismus sowie der offenkundig zielgerichteten Entnationalisierung und Assimilierung des Ungarntums von sich reden (F.A.Z. vom 22. Februar und vom 22. Mai 2006). Wo knapp ein Fünftel der Studierenden ethnische Ungarn sind, entfernte der Pedell auf Geheiß der Hochschulleitung nicht nur Hörsaalbenennungen und Rauchverbotshinweise in ungarischer Sprache, deren Anbringung statutengemäß vorgesehen, jedoch seit zwanzig Jahren unterblieben ist, woraufhin beherzte Aktivisten des Bolyai-Initiativkomitees kurzerhand eigenmächtig welche anhefteten.

Daraufhin entsorgte das Rektorat mit den Schildern auch Péter Hantz und Lehel Kovács, hoffnungsvolle junge Hochschullehrer und Initiatoren der Aktion, indem es sie entließ. Das Bolyai-Komitee verlangt im Namen von vier Fünfteln aller ungarischen Professoren sowie der großen Mehrheit ihrer Studenten die Wiedereinsetzung in die früheren Rechte der von Nicolae Ceauşescu und Ion Iliescu vor fünfzig Jahren liquidierten und – mit der Verschmelzung zur Babes-Bolyai-Universität – systematisch rumänisierten Hochschule, die ehemals eine rein ungarische war.

Orbán antwortete dem Südtiroler Europaabgeordneten Michl Ebner, der wegen der Vorkommnisse eine Anfrage an die Kommission gerichtet hatte, Brüssel habe „Kenntnis von diesem Vorfall“ und teile „die Auffassung, dass die auf regionaler Ebene oder von einer Minderheit der Bevölkerung in einem Mitgliedstaat gesprochenen Sprachen geachtet werden“. Die Kommission sei aber „nicht der Ansicht, dass es sich um eine schwerwiegende Verletzung des Artikels 7 des EU-Vertrags durch die rumänischen Behörden“ handle, zumal da dieser Fall nicht unter das Gemeinschaftsrecht falle, insbesondere nicht unter besagte Richtlinie 2000/43 des Rates zur Bekämpfung von Diskriminierungen.

Dabei kann selbst gemäß dem 2001 novellierten rumänischen Verwaltungsrecht in einer Minderheitensprache überall dort in Kommunen und Bezirken im öffentlichen und amtlichen Verkehr kommuniziert werden, wo zwanzig Prozent der Bevölkerung diese als Muttersprache

sprechen. Das ist in Großwardein wie in Klausenburg ebenso der Fall wie in ganz Siebenbürgen, im Szeklerland sowie bei den magyarischen Csangos im Gebiet Moldau. Mit einsprachigen Schilderaufschriften verletzt Rumänien somit nicht nur eigenes Gesetz, sondern auch einen bilateralen Vertrag mit Ungarn und das Rahmenabkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, das Bukarest 1995 ratifiziert hat. Oft schon versprach die Klausenburger Hochschulleitung das Anbringen der geforderten Schilderaufschriften – so zuletzt sogar dem rumänischen Außenministerium vor der Nato-Generalversammlung in Bukarest –, geschehen ist nichts.

Dass Orbán wegzuschauen beliebt, mag einem noch halbwegs plausibel vorkommen, ist er doch Rumäne. Wenig verständlich dagegen das Verhalten Knut Vollebaeks. Unlängst hielt sich der OSZE-Hochkommissar für nationale Minderheiten in Klausenburg auf. Der frühere norwegische Außenminister sang, wie sein Vorgänger Max van der Stoel schon vor acht Jahren beim Besuch dortselbst, das Hohelied auf den Multikulturalismus. Der Holländer Van der Stoel hatte 2001 vor dem Ständigen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien die verheißungsvolle Prognose vorgetragen, wonach die Babes-Bolyai-Universität eine positive Entwicklung nehme, sei dort doch „dem Ungarischen und Deutschen der gleiche Status wie dem Rumänischen eingeräumt“ worden. Wie damals frohlockten der wegen seiner linientreuen kommunistischen Vergangenheit umstrittene Rektor Andrei Marga und seine Seilschaftsgetreuen aus der Universitätsleitung auch ob des Auftritts Vollebaeks an ihrer Alma Mater.

Die Leute des Bolyai-Komitees hingegen sind konsterniert. In einem offenen Brief, den auch Wissenschaftler aus Mazedonien, Gagausien (Moldova), Wales, dem spanischen Baskenland und Südtirol unterzeichneten, die allesamt an minderheitenfreundlichen Hochschulen ihrer Länder tätig sind, werfen sie dem OSZE-Diplomaten vor, er habe sich von Potemkinschen Fassaden in Transsilvanien blenden lassen. Ignoriere er doch, dass man in einer vorjährigen Anhörung in Brüssel, an der auch Vertreter seines Büros teilgenommen hatten, zu dem Befund gelangt sei, dass in Klausenburg die „sprachlichen Kriterien und die Voraussetzungen einer multikulturellen Bildung nicht erfüllt“ werden. Und sie werfen die Frage auf, warum er daran mitzuwirken „gedenke, die 1,4 Millionen Magyaren in Siebenbürgen an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern, während etwa die hunderttausend Samen in seiner Heimat Norwegen ihr eigenes Universitätskolleg haben“.

Die unrühmliche Rolle der OSZE

Wider besseres Wissen lehne Vollebaek die eigenständige Entwicklung der ungarischen Gemeinschaft mittels institutioneller Segregation ab; zudem ignoriere er, dass die Hauptquellen der Spannungen die gemischten Bildungsinstitutionen sind, in denen die Forderungen der ungarischen Gemeinschaft gänzlich unter den Tisch fallen. Überdies müsse der OSZE-Hochkommissar wissen, dass die Magyaren in den höheren Bildungseinrichtungen Rumäniens stark unterrepräsentiert seien. All das lasse den Verdacht aufkommen, dass Vollebaek dem Nationalismus der Titularnation in die Hände spiele.

Das in Klausenburg ansässige Minderheiten-Forschungsinstitut prognostiziert für die nächsten zwei Jahrzehnte den Rückgang der ethnischen Ungarn in Siebenbürgen um 400 000 Menschen. Eine Aussicht, die Leute wie Gheorghe Funars in Entzücken versetzt: Ruft doch der ehemalige Bürgermeister von Klausenburg – nun für die Großrumänien-Partei (PRM) als Senator Mitglied der zweiten Parlamentskammer und also Symbolfigur extremsten rumänischen Nationalismus – seinen ungarischen Landsleuten zu: „Haut ab – wir zahlen euch die Fahrkarte“. REINHARD OLT